



Institution statt Familie: Siegt die Dummheit bei der Kinderbildung?

Zitat der Wochen 48-49 / 2011

John Stuart Mill: Wider die Staatserziehung

All das, was über die Bedeutung von Individualität des Charakters und Mannigfaltigkeit in Meinungen und Verhaltensweisen gesagt worden ist, schließt, als von derselben unaussprechlichen Bedeutung, Mannigfaltigkeit der Erziehung ein. Eine allgemeine Staatserziehung ist nichts als eine Erfindung, um die Menschen zu modeln, dass einer dem anderen haargenau gleicht; und da die Schablone, in die sie die Menschen zwängt, dem Geschmack der in der Regierung vorherrschenden Macht entspricht, [...] errichtet sie in dem Maße, wie sie wirksam und erfolgreich ist, einen Despotismus über den Geist, der einer natürlichen Tendenz nach zu einem solchen über den Körper führt.

John Stuart Mill: Über Freiheit. Frankfurt am Main 1969, S. 127-128.

Anmerkung: „Über Freiheit“ (1859) von John Stuart Mill (* 20. Mai 1806 in Pentonville; † 8. Mai 1873 in Avignon) zählt zu den „klassischen“ Streitschriften des politischen Liberalismus.

Nachricht der Wochen 48-49 / 2011

Institution statt Familie: Siegt die Dummheit bei der Kinderbildung?

In den Kulturkämpfen der „Bewusstseinsindustrie“ (Hans M. Enzensberger) sind Wörter die schärfsten Waffen: Ist einmal das richtige „Label“ verpasst, verdrängt das ideologische Klischee immer mehr die Wirklichkeit. Beispielhaft dafür ist der Streit um die Kinderbetreuungspolitik: Zu große Gruppen, zu wenige und wechselnde Erzieherinnen und zu wenig Aufmerksamkeit für das einzelne Kind – die Alltagsprobleme in Kindertagesstätten sind vielen Eltern bekannt. Gleichzeitig belegen einschlägige Studien, dass nur bei hoher Betreuungsqualität eine (zeitlich begrenzte) außerfamiliäre Betreuung für Kleinkinder förderlich oder zumindest unschädlich sein kann (1). Dessen ungeachtet gilt der quantitative Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur im politisch-medialen Jargon als „Bildungsinvestition“, die den Lebenschancen der Kinder diene. Spiegelbildlich dazu ist die finanzielle Familienförderung in Verruf: Den Eltern gewährtes Bargeld würde von diesen lediglich für Flachbildschirme, Spirituosen und Zigaretten verschwendet, während ihre Kinder verwahten. Die Polemik auf die Spitze trieb jüngst ein Bertelsmann-Funktionär: Ein

Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kleinkinder zu Hause erziehen, denunzierte er als „Verdummungsprämie“ (2).

Meist kommt die öffentliche Disqualifikation familiärer Erziehung weniger verbalradikal daher; sie artikuliert sich eher in gefälligen Begriffen wohlmeinender Fürsorge: Eltern sollen durch „soziale Dienste“ von der „Alleinzuständigkeit“ für ihre Kinder entlastet und Kinder durch Bildungsangebote gefördert werden (3). Um dies zu erreichen, müssten Kinder von klein auf „einen wesentlichen Teil des Tages in öffentlich organisierten und verantworteten Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen“ verbringen (4). Familiäre Kinderbetreuung steht dieser Systemveränderung zur „Institutionenkindheit“ im Weg; statt diese durch Geldleistungen zu unterstützen, müsse der Staat daher die Betreuungsinfrastruktur ausbauen – so lautet das Credo der Advokaten einer Entfamilisierung der Kindheit (5).

Befürworter elterlicher Wahlfreiheit hingegen sehen institutionelle Kinderbetreuung und finanzielle Hilfen nicht als Widerspruch, sondern als sich ergänzende Alternativen. Nach ihrer Ansicht sollten Eltern die Wahl haben zwischen einem Betreuungsplatz einerseits und einer Geldleistung für die Eigenbetreuung ihrer Kleinkinder andererseits (6). In anderen Ländern wie Frankreich oder Finnland ist das möglich. Die dort gezahlten Beträge (ca. 300 €) übersteigen dabei deutlich die Höhe des von der Bundesregierung geplanten Betreuungsgeldes (100 bis 150 €). Im Vergleich zu den öffentlichen Aufwendungen für einen Krippenplatz, der in Westdeutschland etwa 1200 € pro Monat kostet, sind das eher Taschengeldbeträge (7). Diese massive Begünstigung institutioneller Betreuung bleibt im politisch-medialen Diskurs meist ausgeblendet; dagegen wird das Ehegattensplitting, das Einverdienerfamilien begünstigt, als vermeintliche „Subvention“ häuslicher Kinderbetreuung kritisiert (8).

Die Präferenzen in der Bevölkerung sehen anders aus: Häusliche Kinderbetreuung bevorzugen besonders kinderreiche Eltern; am Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur ist ihnen deshalb weniger gelegen als an Geldleistungen. Transfers wie das Kindergeld sind für diese Familien ein dringend benötigter Teil ihres meist knappen Budgets. Dessen weitaus größter Teil ist für den gemeinschaftlichen Grundbedarf an Nahrung, Kleidung und Wohnraum verplant. Sonderausgaben wie Restaurantbesuche und Reisen können sich kinderreiche Eltern nur relativ selten leisten. Im Unterschied zu Journalisten oder Politikern pflegen sie deshalb eher einen „häuslichen“ Lebensstil (9). Fehlen Kindern in diesem Umfeld deshalb die Bildungsanregungen? Den verbreiteten kulturpessimistischen Klischees widerspricht die erstaunlich gute Ausstattung der meisten Mehrkinderhaushalte mit Spielzeug, Sachbüchern, Lernsoftware und Musikinstrumenten (10). Diese „Bildungsinvestitionen“ entspringen der Aufmerksamkeit der Eltern für die Bedürfnisse *ihrer* Kinder. Für die Motivation und Ausdauer von Kindern beim Erlernen zum Beispiel eines Musikinstruments ist diese elterliche Zuwendung ein entscheidender Faktor (11). In einer durch Betreuungsinstitutionen bestimmten Kindheit droht dieser unersetzbare Bildungsfaktor zu verknappen – zum Schaden des kreativen Potentials nachwachsender Generationen. Wahrhaft verdummend sind daher nicht Transfers an Eltern, sondern die öffentliche Geringschätzung elterlicher Erziehungsmühen.

(1) Siehe hierzu: <http://www.i-daf.org/290-0-Wochen-9-10-2010.html>.

(2) So Jörg Dräger (Vorstandsmitglied der Bertelsmann-Stiftung) wörtlich in der WDR-Sendung „Westpol“: <http://www.wdr.de/tv/westpol/sendungsbeitraege/2011/1023/kinderbetreuung.jsp>.

(3) Exemplarisch für diese Argumentation: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland (Elfter Kinder- und Jugendbericht), Berlin 2002, S. 57-58.

(4) Siehe: Thomas Rauschenbach: Vorwort, S. 25-27, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen

der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland (Zwölfter Kinder- und Jugendbericht), Bundestagsdrucksache 15/6014, Berlin 2005, S. 25.

(5) Beispielhaft für diese Sichtweise: Klaus Hurrelmann: Sozialisation – Bildung – Gesundheit. Kann wissenschaftliche Forschung politische Effekte erzielen? Abschiedsvorlesung an der Universität Bielefeld im Januar 2009, veröffentlicht in: ZSE – Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 29. Jahrgang, 3/2009, S. 234-235.

(6) Siehe hierzu: <http://www.erziehungstrends.de/Krippenoffensive>.

(7) Zu den Kosten unterschiedlicher Modelle der Kinderbetreuung in Deutschland und Frankreich: <http://www.erziehungstrends.de/node/525>. Zur Kinderbetreuungspolitik in Finnland: Gerda Neyer et al: Fertilität, Familiengründung und Familienerweiterung in den nordischen Ländern, S. 207-234, in: Hans Bertram/Helga Krüger/C. Katharina Spieß (Hrsg.): Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung, S. 222-223.

(8) Zur Diskussion um das Ehegattensplitting: <http://www.i-daf.org/361-0-Wochen-3-4-2011.html>.

(9) Zur Lebenssituation und der familienpolitischen Interessenlage von Mehrkinderfamilien: <http://www.erziehungstrends.de/Mehrkinderfamilien/Bundesfamilienministerium/Sozialforschung/2>.

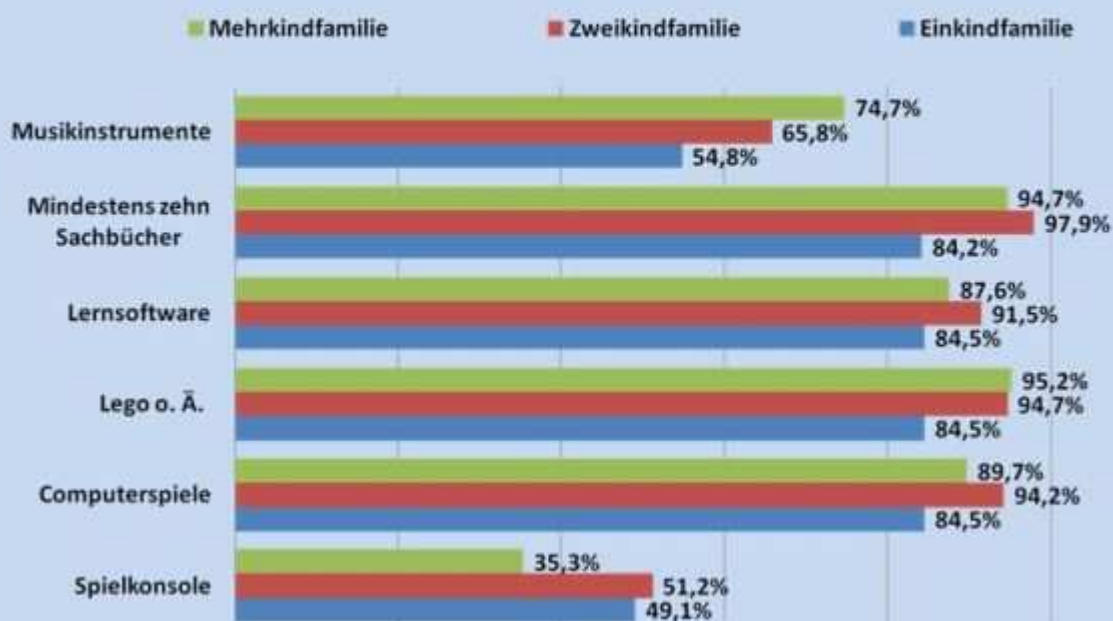
(10) Siehe: „Materialien zum Spielen und Lernen in Familien“ (Abbildung unten).

(11) Zur Rolle der Eltern für Bildungsprozesse von Kindern: <http://www.i-daf.org/259-0-Woche-5051-2009.html>

Materialien zum Spielen und Lernen in Familien

Mehrkinderfamilien besitzen überproportional häufig Musikinstrumente

Anteil der mit Spielzeug bzw. Lernmaterialien ausgestatteten Familienhaushalte nach Kinderzahl



Quelle: Barbara Keddi et al.: Der Alltag von Mehrkinderfamilien - Ressourcen und Bedarfe. Forschungsbericht München 2010, S. 38 (Daten aus der Methodenstudie des Deutschen Jugendinstituts 2007).